

Der *Liechtensteiner Wirtschaftsbrief* ergänzt den jährliche KOFL Konjunkturbericht (wird jeweils im Februar publiziert) und ist als Briefing der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger in Liechtenstein ausgestaltet. Der Bericht zeigt wirtschaftliche Entwicklungen im internationalen Umfeld anhand spezifischer Indikatoren auf und liefert Interpretationen. Der Fokus liegt hierbei auf die für die Liechtensteinische Wirtschaft bedeutsamen Absatzregionen. Er greift jeweils aktuelle Wirtschaftsthemen auf und stellt diese informativ, knapp und übersichtlich dar. Hierbei wird die Relevanz der dargestellten Problematik für die Liechtensteinische Volkswirtschaft aufgezeigt. Der Liechtensteiner Wirtschaftsbrief ist Bestandteil der Leistungsvereinbarung zwischen der Regierung des Fürstentums Liechtenstein (vertreten durch das Ressort Wirtschaft) und der Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein (KOFL).

## FLASH

- **Entwicklung Weltwirtschaft:** Die OECD hat ihre Konjunkturprognose für das reale BIP-Wachstum in 2012 im gesamten OECD Raum bei 1,6 % belassen. Die erwartete Zunahme entspricht damit im Wesentlichen der IWF-Prognose vom April für die Industrieländer. Auf Länderebene hat die OECD deutliche Änderungen vorgenommen.
- **Realwirtschaft Schweiz:** Die KOF ETH Zürich und das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) haben ihre BIP-Prognosen für das laufende Jahr um 0,4 bzw. 0,5 Prozentpunkte angehoben. Die derzeit ungewöhnliche Korrekturrichtung erklärt sich durch die Unterschätzung der robusten Entwicklung der Binnenwirtschaft im Winter 2011/12. Für 2013 sind beide Institutionen im Vergleich zum Frühjahr pessimistischer.
- **Arbeitsmarktkrise im peripheren Europa:** Die Finanzkrise 2007/2008 zeigt ihre gesellschaftlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmärkten in den USA und Europa. Sowohl in den USA als auch in Europa sind die Arbeitslosenquoten seit dem Ausbruch der Krise stark angestiegen. Das eigentliche gesellschaftspolitische Drama in Europa zeigt sich bei der Jugendarbeitslosigkeit.
- **Staatsverschuldung in Europa: Trendwende nach den Krisenjahren 2007/2008:** Die Höhe des öffentlichen Bruttoschuldenstands ist seit vielen Jahren ein wichtiges Thema in der wirtschaftspolitischen Diskussion. Bei der aktuellen Interpretation im Rahmen der Krise im Euro-Raum ist zu unterscheiden zwischen dem Niveau des Schuldenstands in Relation zum BIP und dem Anstieg der Schuldenstandsquote seit Ausbruch der Krise.
- **Das Wirtschaftspolitikum:** Der Schweizer Bundesrat hat am 4. Juli 2012 einen Bericht über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz in Bern vorgestellt. Massgeblich beeinflusst wird die Zuwanderung von der Wirtschaftslage im Vergleich zum Ausland. Die Zuwanderung in die Schweiz wirkte sich nach Einschätzung des Bundesrats in weiten Teilen positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz aus.
- **Wanderungssaldo Liechtenstein und Schweiz im Vergleich:** Es zeigen sich erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Entwicklung der Nettozuwanderung in Liechtenstein und der Schweiz. In der Schweiz steigt der Wanderungssaldo seit 2002 stark an, wohingegen in FL die Zuwanderung dem Trend nach zurückgeht. Zum Bevölkerungswachstum leistet die Zuwanderung in der Schweiz einen erheblich grösseren Beitrag als in Liechtenstein.

## I. Internationale Konjunktorentwicklungen



### Krise im Euro-Raum ist grösster Risikofaktor für die Weltwirtschaft

#### Aktueller Anlass: OECD Economic Outlook, Juni 2012

Am 22. Mai 2012 hat der Chefvolkswirt der OECD, Pier Carlo Padoan, den jüngsten Economic Outlook in Paris vorgestellt. Die allgemeine Unsicherheit über die Entwicklung der Weltwirtschaft zur Jahresmitte 2012 ist in den einleitenden Bemerkungen greifbar. In deutlichen Worten schreibt Padoan: „After five years we cannot yet say that the crisis is behind us.“ Die Krise im Euro-Raum hat sich seit Jahresbeginn 2012 weiter verschärft und wird von der OECD als grösstes Risiko für den weiteren Verlauf der Weltwirtschaft eingestuft.

- Die OECD hat ihre aktuelle Konjunkturprognose für das reale BIP-Wachstum in 2012 im gesamten OECD Raum bei 1,6 % belassen (keine Korrektur im Vergleich zum November 2011). Die erwartete Zunahme entspricht damit im Wesentlichen der IWF-Prognose vom April für die Industrieländer. Die einzelnen Länderprognosen sind von der OECD jedoch deutlich verändert worden: Während die Vorhersagen für die USA und Deutschland nach oben angepasst sind, haben sich die Aussichten insbesondere für Spanien und Italien stark verdüstert.
- Italien und Spanien – zwei der grossen vier Länder des Euro-Raums – stecken tief in der Rezession, auch für 2013 wird eine nochmalige Schrumpfung der Wirtschaftsleistung angenommen. Im Fall Spaniens ist die OECD deutlich pessimistischer als der IWF.
- Für das kommende Jahr sieht die OECD die Möglichkeit, dass der Euro-Raum insgesamt wieder ein positives BIP-Wachstum erzielen kann. Die divergente Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich auf der einen Seite und Italien und Spanien auf der anderen Seite wird sich jedoch verstärken.

**Tabelle 1**

**Prognosen zur Weltwirtschaft (Stand: Juni 2012)**

Reales Bruttoinlandprodukt (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)															
Regionen / Länder	Exportgewicht FL	Historie		IWF						OECD					
		2010	2011	2012			2013			2012			2013		
		Jan 12	Apr 12	Diff.	Jan 12	Apr 12	Diff.	Nov 11	Mai 12	Diff.	Nov 11	Mai 12	Diff.		
Welt		5.3	3.9	3.3	3.5	0.2	3.9	4.1	0.2						
Industrieländer		3.2	1.6	1.2	1.4	0.2	1.9	2.0	0.1						
Schwellenländer		7.5	6.2	5.4	5.7	0.3	5.9	6.0	0.1						
OECD		3.2	1.8							1.6	1.6	0.0	2.3	2.2	-0.1
USA	11.4	3.0	1.7	1.8	2.1	0.3	2.2	2.4	0.2	2.0	2.4	0.4	2.5	2.6	0.1
Japan	1.7	4.4	-0.7	1.7	2.0	0.3	1.6	1.7	0.1	2.0	2.0	0.0	1.6	1.5	-0.1
EU-27	60.0	2.0	1.6	-0.1	0.0	0.1	1.2	1.3	0.1						
UK	2.7	2.1	0.7	0.6	0.8	0.2	2.0	2.0	0.0	0.5	0.5	0.0	1.8	1.9	0.1
Euro-Raum		1.9	1.4	-0.5	-0.3	0.2	0.8	0.9	0.1	0.2	-0.1	-0.3	1.4	0.9	-0.5
Deutschland	24.2	3.6	3.1	0.3	0.6	0.3	1.5	1.5	0.0	0.6	1.2	0.6	1.9	2.0	0.1
Frankreich	8.6	1.4	1.7	0.2	0.5	0.3	1.0	1.0	0.0	0.3	0.6	0.3	1.4	1.2	-0.2
Italien	4.6	1.8	0.4	-2.2	-1.9	0.3	-0.6	-0.3	0.3	-0.5	-1.7	-1.2	0.5	-0.4	-0.9
Spanien	2.0	-0.1	0.7	-1.7	-1.8	-0.1	-0.3	0.1	0.4	0.3	-1.6	-1.9	1.3	-0.8	-2.1
Österreich	10.8	2.1	3.3	0.6	0.9	0.3	1.5	1.8	0.3	0.6	0.8	0.2	1.8	1.6	-0.2
Brasilien	0.7	7.5	2.7	3.0	3.0	0.0	4.0	4.1	0.1	3.2	3.2	0.0	3.9	4.2	0.3
Russland	1.7	4.3	4.3	3.3	4.0	0.7	3.5	3.9	0.4	4.1	4.5	0.4	4.1	4.1	0.0
Indien	1.3	10.6	7.2	7.0	6.9	-0.1	7.3	7.3	0.0	7.2	7.3	0.1	8.2	7.8	-0.4
China	5.0	10.4	9.2	8.2	8.2	0.0	8.8	8.8	0.0	8.5	8.2	-0.3	9.5	8.9	-0.6
Südafrika	0.6	2.9	3.1	2.5	2.7	0.2	3.4	3.4	0.0		3.3			4.2	

2010 und 2011: IWF World Economic Outlook, April 2012, Publikationen von nationalen statistischen Ämtern  
 Exportgewicht FL: Anteil des Landes / der Region an den FL Direktexporte in 2011, in Prozent; Diff.: Differenz Apr 12 - Jan 12 bzw. Mai 12 - Nov 11 (in Prozentpunkte)

IWF Internationaler Währungsfonds      OECD Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Tabelle 1 wird in jedem *Liechtensteiner Wirtschaftsbrief* aktualisiert. Sie ist wie folgt zu lesen: Die gelb markierten Spalten geben jeweils die jüngsten Prognosen von IMF und OECD wieder. Die Spalten „Diff.“ weisen die Veränderungen der Prognosen gegenüber der vorgängigen Ausgabe des Liechtensteiner Wirtschaftsbriefs (in Prozentpunkten) aus: (i) rote Markierungen illustrieren Abwärtskorrekturen; (ii) grüne Markierungen zeigen Aufwärtskorrekturen; (iii) schwarze Markierungen zeigen unveränderte Prognosen (analoges gilt für Tabelle 2)



## Schweizer Wirtschaft im Winter 2011/12 robuster gewachsen als angenommen

### Aktueller Anlass: Sommerprognosen Juni 2012

Im Rahmen der aktuellen Prognosen der KOF ETH Zürich und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco) wurden die für das Wirtschaftswachstum in der Schweiz in **2012** nach **oben** und für **2013** nach **unten** angepasst. Beide Institutionen betonen die im Vergleich zum Frühjahr wieder stärkere Unsicherheit im internationalen Umfeld.

- **Produktion:** Die KOF ETH Zürich und das Seco haben ihre Vorhersagen für das Wachstum des realen BIP in 2012 um 0,4 bzw. 0,5 Prozentpunkte (PP) auf 1,2 % bzw. 1,4 % angehoben. Die im internationalen Umfeld derzeit ungewöhnliche Korrekturrichtung erklärt sich durch die Unterschätzung der robusten Entwicklung der Binnenwirtschaft insbesondere der privaten Konsumausgaben im Winter 2011/12. Seit dem Frühjahr hat sich das europäische Wirtschaftsumfeld jedoch weiter verschlechtert, die Institutionen haben ihre BIP-Prognosen für 2013 dementsprechend auf 1,7 % bzw. 1,5 % nach unten angepasst (0,2 bzw. 0.3 PP).
- **Beschäftigung und Arbeitsmarkt:** Die bisherige Robustheit der Schweizer Wirtschaft zeigt sich auch am Arbeitsmarkt. Die Beschäftigung stieg im Winter weiter an, die Arbeitslosigkeit nahm nur leicht zu und steht damit im deutlichen Kontrast zu den Entwicklungen in vielen europäischen Ländern (vgl. Abschnitt II.). Die aktuellen Prognosen für die Beschäftigung für 2012 fallen etwas positiver aus als noch im Frühjahr.

### Tabelle 2

#### Prognosen zur Schweizer Realwirtschaft (Stand: Juni 2012)

Realwirtschaft Schweiz (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr, in Prozent)														
			KOF ETH Zürich						SECO					
	Historie		Prognosen											
	2010	2011	2012			2013			2012			2013		
			Mrz 12	Jun 12	Diff.	Mrz 12	Jun 12	Diff.	Mrz 12	Jun 12	Diff.	Mrz 12	Jun 12	Diff.
Reales BIP	2.7	2.1	0.8	1.2	0.4	1.9	1.7	-0.2	0.8	1.4	0.6	1.8	1.5	-0.3
- Privater Konsum	1.7	0.9	1.7	2.0	0.3	1.8	1.8	0.0	1.2	1.7	0.5	1.6	1.3	-0.3
- Öffentlicher Konsum	0.8	2.6	1.0	0.7	-0.3	0.9	0.7	-0.2	1.9	2.1	0.2	0.8	0.7	-0.1
- Bruttoanlageinvestitionen	7.5	3.9	3.1	3.7	0.6	3.3	2.2	-1.1	-0.6	1.2	1.8	1.3	-0.4	-1.7
- Exporte	8.1	3.9	0.8	1.1	0.3	4.7	3.2	-1.5	1.3	1.4	0.1	4.5	4.0	-0.5
- Importe	8.0	2.7	3.7	4.6	0.9	7.9	5.0	-2.9	1.7	2.5	0.8	4.5	3.0	-1.5
Beschäftigung	0.7	1.2	0.4	1.1	0.7	0.4	0.4	0.0	0.6	1.2	0.6	0.4	0.6	0.2
Arbeitslosenrate <sup>1)</sup>	3.9	3.1	3.2	3.1	-0.1	3.2	3.2	0.0	3.4	3.2	-0.2	3.7	3.4	-0.3

1) in Prozent

2010: BFS; 2011: Schätzungen des SECO vom Juni 2012; Diff.: Differenz Jun 12 - Mrz 12 (in Prozentpunkten)

KOF ETH Zürich Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich      SECO Staatssekretariat für Wirtschaft, Bern

## II. Analysethemen

### A. Arbeitsmarktkrise im peripheren Europa

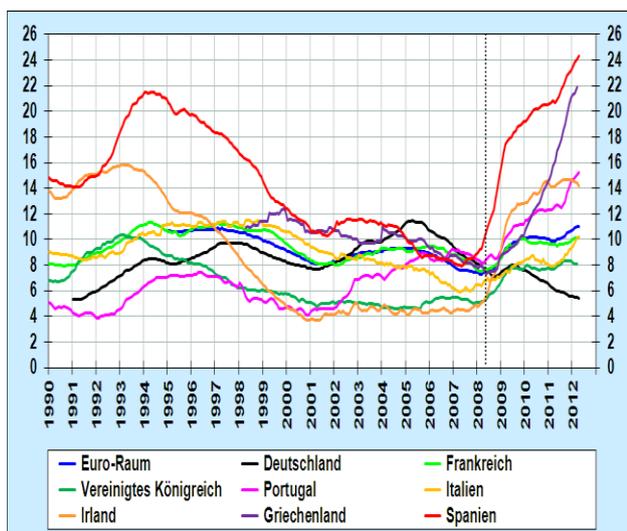
#### Arbeitslosenquote (insgesamt)

- Die Finanzkrise 2007/2008 zeigt ihre gesellschaftlichen Auswirkungen auf den Arbeitsmärkten in den USA und Europa. Sowohl in den USA als auch in Europa sind die Arbeitslosenquoten seit dem Ausbruch der Krise stark angestiegen und erreichten zum Teil historische Höchststände. Die ausgewiesenen Arbeitslosenquoten illustrieren jedoch nur einen Ausschnitt des eigentlichen gesellschaftlichen Problems. Viele Jobsuchende registrieren sich nicht mehr und ziehen sich von der aktiven Suche enttäuscht und frustriert zurück.
- In den USA ist die Arbeitslosenquote im Verlauf des Jahres 2011 und zu Beginn des Jahres 2012 zwar leicht zurückgegangen. Das derzeitige Niveau von 8,2 % ist jedoch für die USA ungewöhnlich hoch. In Europa steigen die Arbeitslosenquoten. Im Mai 2012 lag die Arbeitslosenquote im Euro-Raum bei 11,1 %, seit dem Ausbruch der Krise ist sie um 3 Prozentpunkte angestiegen. Der Durchschnittswert für den Euro-Raum verdeckt jedoch die Dramatik, die sich in einigen Ländern der peripheren Europa zeigt. In Spanien und Griechenland beträgt die Arbeitslosenquote aktuell 24,6 % bzw. 22 %, seit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 stieg diese um 12 bzw. 14 Prozentpunkte (vgl. Abbildung 1, Teil a). Derart rasante Anstiege der registrierten Arbeitslosigkeit sind seit dem Bestehen des europäischen Binnenmarktes nicht mehr beobachtet worden.

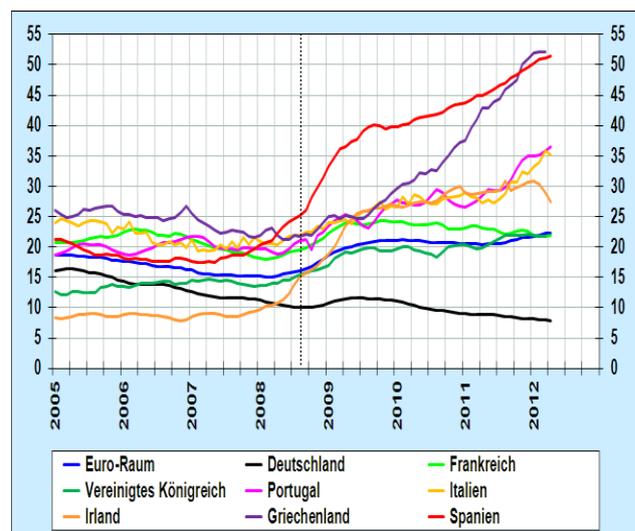
**Abbildung 1**

#### Arbeitsmarktentwicklung in ausgewählten europäischen Ländern saisonbereinigte Werte, in Prozent

(a) Arbeitslosenquote insgesamt



(b) Jugendarbeitslosenquote<sup>1</sup>



1 Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen.

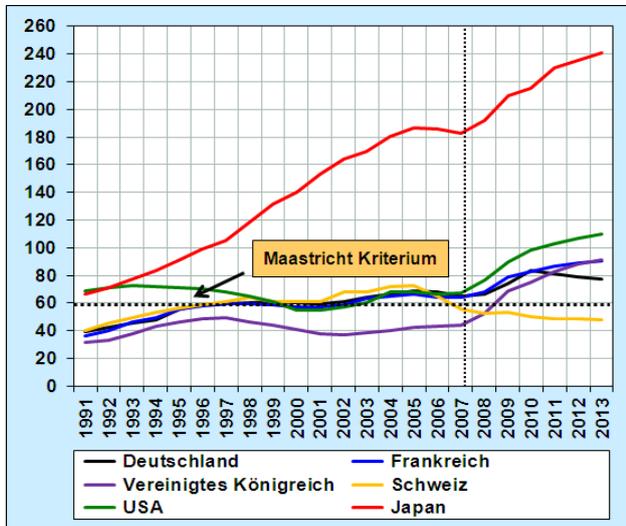
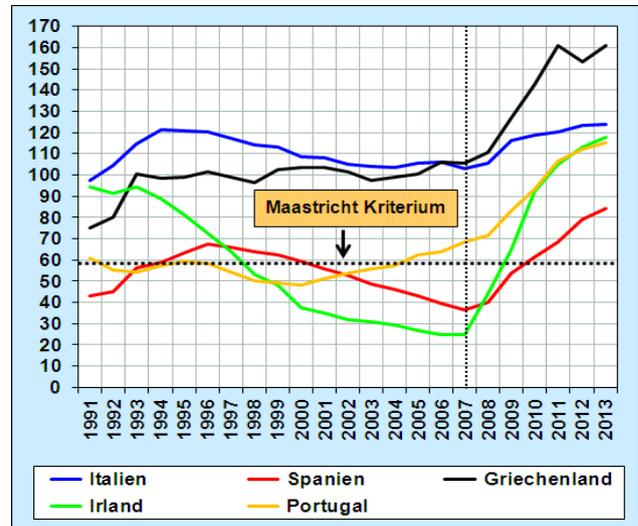
Quelle: Eurostat.

## Jugendarbeitslosenquote (Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen)

- Das eigentliche gesellschaftspolitische Problem in Europa zeigt sich im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen). In Spanien und Griechenland ist derzeit jede zweite Person unter 25 Jahre arbeitslos. Seit dem Herbst 2008 haben sich die Jugendarbeitslosenquoten in diesen Ländern verdoppelt (vgl. Abbildung 1, Teil b). Dieser Umstand wird zunehmend auch zu einer Gefahr für die Demokratie in diesen Ländern. Bei den Parlamentswahlen in Griechenland haben die radikalen Parteien deutlichen Zulauf bei Jungwählern. Gemäss einer aktuellen Umfrage sehen drei von vier jungen Griechen den besten persönlichen Weg aus der Krise darin, das Land zu verlassen. Die südeuropäischen Länder laufen Gefahr, eine gesamte Generation relativ gut ausgebildeter Personen zu verlieren.
- Die **ILO (International Labor Organization)** berichtet in ihrem jüngsten Bericht "Global Employment Trends 2012", dass weltweit knapp 75 Mio. junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahre arbeitslos gemeldet sind. Die Jugendarbeitslosigkeit ist damit seit 2007 um 4 Mio. angestiegen. Die globale Jugendarbeitslosenquote beträgt 12,7 % und liegt 1 Prozentpunkt oberhalb des Vorkrisenniveaus. Personen unter 25 Jahre haben im Vergleich zu der Gruppe über 25 Jahre eine dreimal so hohe Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Nach Schätzungen der ILO haben sich weitere 6,5 Mio. junge Menschen von der aktiven Arbeitsplatzsuche zurückgezogen. Die ILO geht davon aus, dass sich an der bestehenden Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2012 nicht viel ändern wird. Für die nähere Zukunft besteht nur wenig Hoffnung, dass sich die Beschäftigungschancen für junge Leute substantiell verbessern.

## **B. Staatsverschuldung in Europa: Trendwende nach den Krisenjahren 2007/2008**

- Die Höhe des öffentlichen Bruttoschuldenstands (in Relation zum Bruttoinlandprodukt, BIP) in Europa, den USA und Japan ist in aller Munde. Im Folgenden werden wichtige Eckdaten dargestellt. Zunächst ist zwischen dem Niveau des öffentlichen Schuldenstands in Relation zum BIP und dem Anstieg der Schuldenstandsquote zu unterscheiden. Die Diskussion der Staatsverschuldung in Europa wird derzeit vor allen Dingen in Bezug auf die PIIGS-Staaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland, Spanien) geführt.
- Im Maastricht-Vertrag der Europäischen Union wurde das Schuldenstandskriterium von unter 60 % des BIP eingeführt. Die Aufnahme eines Landes in den Euro-Raum setzte das Einhalten dieses Kriteriums ab 1999 voraus. Abbildung 2 zeigt, dass einige Länder die 60 % Grenze nur knapp oder gar nicht einhielten. Insbesondere die Schuldenstandsquoten von Griechenland und Italien liegen seit 1991 weit oberhalb der vom Stabilitätskriterium geforderten Marke. Beide Länder wurden trotzdem aufgenommen.
- Andere Länder jedoch haben in den 1990er Jahren und bis zum Ausbruch der Krise einen strengen Konsolidierungskurs bestritten. Aus Abbildung 2 (Teil b) ist ersichtlich, wie deutlich z.B. Irland und Spanien ihre Schuldenstandsquoten im Zeitraum 1993 bis 2007 abbauen konnten. Danach verändert sich die Situation schlagartig. In der Gruppe der PIIGS-Staaten nimmt Italien eine Sonderstellung ein. Italien hatte vor der Krise ein hohes Ausgangsniveau beim Schuldenstand von 103 % am BIP. Die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/2008 hat zu einem vergleichsweise moderaten Anstieg auf zuletzt 120 % geführt.
- In Abbildung 2 (Teil a) ist die Entwicklung der Schuldenstandsquoten von anderen Industrieländern seit 1991 illustriert. Auffällig sind die starken Anstiege in Japan, USA und im Vereinigten Königreich seit Ausbruch der Finanzkrise. Die USA verzeichnen aktuell eine Schuldenstandsquote von annähernd 103 % am BIP. Die relative Staatsschuld ist damit erheblich höher als in Spanien (69 %) und nur unwesentlich geringer als Irland (105%) und Portugal (112%). Die Renditeaufschläge der europäischen Krisenländer gegenüber den USA sind dennoch beträchtlich und nehmen Werte von über 500 Basispunkten an.

**Abbildung 2****Öffentlicher Bruttoschuldenstand  
in Prozent des Bruttoinlandprodukts****(a) Ausgewählte Industrieländer****(b) PIIGS-Staaten**

Quelle: IWF World Economic Outlook (WEO), April 2012.

**III. Das Wirtschaftspolitikum****Positive Auswirkungen der Zuwanderung auf die Wirtschaftsentwicklung der Schweiz****Aktueller Anlass: Schweizer Bundesrat legt Bericht zur Zuwanderung in die Schweiz vor**

- Der Schweizer Bundesrat hat am 4. Juli 2012 einen Bericht (Aussprachepapier des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, EJPD) über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz in Bern vorgestellt.
- Das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) hatte am 25. Mai 2012 eine Studie zu den Auswirkungen der Personenfreizügigkeit auf den Schweizer Arbeitsmarkt vorgestellt, deren Ergebnisse in den EJPD-Bericht eingehen.
- Der EJPD-Bericht empfiehlt die Ablehnung der Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ ohne Gegenvorschlag. Der Bundesrat hat das EJPD beauftragt, bis Jahresende eine Botschaft zuhanden des Schweizer Parlaments zu unterbreiten. Die Volksinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ verlangt eine Neuausrichtung der Schweizer Zuwanderungspolitik. Insbesondere schlägt sie vor, jährliche Höchstgrenzen festzulegen, mit denen die Schweiz die Zuwanderung eigenständig steuern können soll. Die Initiative ist nach Ansicht des Bundesrats nicht mit dem Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vereinbar und stellt damit die bilateralen Beziehungen zu den europäischen Partnerländern in Frage.

- Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die Steuerung der Zuwanderung in die Schweiz nicht nur über das Ausländerrecht und über Integrationsmassnahmen stattfindet. Massgeblich beeinflusst wird die Zuwanderung von der Wirtschaftslage und der Standortattraktivität im Vergleich zum Ausland. Zuwanderung wird in dieser Interpretation primär über die Märkte d.h. Arbeitsnachfrage gesteuert.
- Die Seco-Studie (die wiederum u.a. auf Arbeiten von Sheldon (2011, 2012) aufbaut) bewertet die Auswirkungen der Zuwanderung auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz positiv. Zuwanderung generiert demnach weder Verdrängungseffekte in Bezug auf inländische Arbeitskräfte noch einen verstärkten Lohndruck im Inland.

### Vergleich einiger Eckdaten zur Zuwanderung in Liechtenstein und der Schweiz

**Motivation:** Die KOFL veröffentlicht auf ihrer Homepage <http://www.kofli.li/workingpaper.asp> in Kürze das KOFL Working Paper No. 12 „Ökonomische Effekte der Zuwanderung nach Liechtenstein“. Das Arbeitspapier ist im Rahmen des KOFL-Forschungsprojekts „Die spezifische Struktur Liechtensteins als Kleinstvolkswirtschaft“ entstanden. Das KOFL-Forschungsprojekt wurde finanziell unterstützt durch die VP Bank Stiftung, die Neutrik® AG und den Forschungsförderungsfonds der Universität Liechtenstein.

**Entwicklung des Wanderungssaldos:** Seit Ende der 1990er Jahre ist die Entwicklung des Wanderungssaldos Ausländer in Liechtenstein und der Schweiz zunehmend abgekoppelt teilweise sogar gegenläufig.

- In der **Schweiz** zeigt sich der Wanderungssaldo Ausländer dabei deutlich konjunkturabhängig. Das Seco (2012) schliesst hieraus auf eine nachfragegetriebene Zuwanderung. Am 1. Juni 2002 sind das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweiz sowie das Abkommen zur Änderung des Übereinkommens zur Errichtung der EFTA in Kraft getreten. Bis 2007 bestand eine Übergangsfrist für die EU-17 Länder. Beide Zeitpunkte spiegeln sich im Schweizer Zuwanderungssaldo wieder, der zwischen 2002 und 2007 bei ca. 50'000 Personen liegt um bis 2008 auf über 100'000 anzusteigen.
- Abbildung 3 zeigt, dass sich der Wanderungssaldo Ausländer in **Liechtenstein** seit Ende der 1990er Jahre trendmässig rückläufig entwickelt. In 1983 sind mehr Personen abgewandert als neue Wohnbürger zugewandert. Der Wanderungssaldo beträgt minus 55 Personen. In 1998 erreicht der Zuwanderungssaldo mit 521 Personen einen Hochpunkt. Seit dem nimmt die jährliche Zuwanderung dem Trend nach ab. 2007 sind 124 Ausländer zugewandert. Ein deutlich antizyklischer Verlauf zeigt sich nach dem Ausbruch der Finanzkrise in 2007, seit dem stieg die Zuwanderung der Ausländer wieder auf 194 an.

### **Beitrag des Wanderungssaldos zum Bevölkerungswachstum**

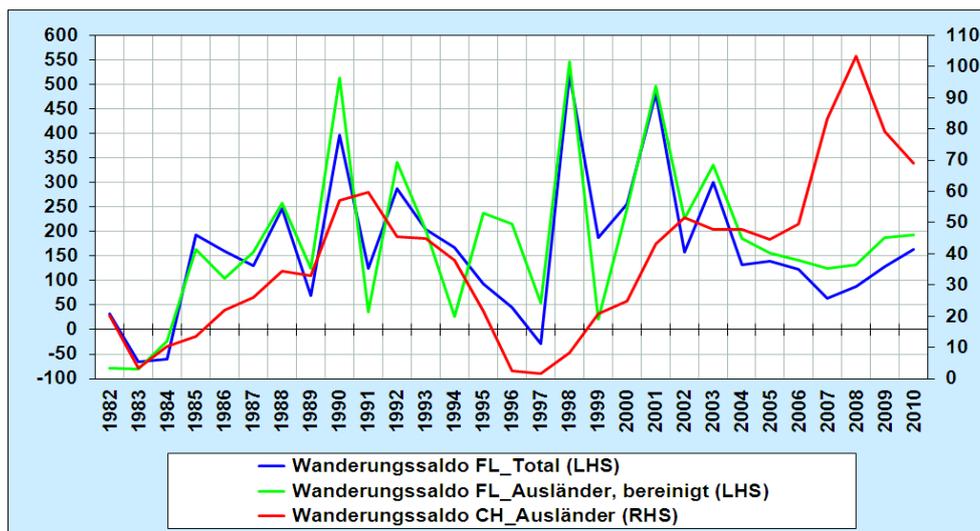
- Das Bevölkerungswachstum einer Volkswirtschaft ist vom natürlichen Bevölkerungswachstum und von der Zuwanderung bestimmt. In der Schweiz speist es sich primär aus der Zuwanderung von Ausländern und zeigt daher einen deutlich konjunkturabhängigen Verlauf (vgl. Seco, 2012).
- Der jährliche Zuwachs der ständigen Wohnbevölkerung variierte in Liechtenstein in den vergangenen 30 Jahren zwischen 0,5 % und 2,1 %. Die Wachstumsbeiträge des natürlichen Bevölkerungswachstums sind im Untersuchungszeitraum 1982 bis 2010 stets positiv und

nehmen Werte zwischen 0,3 Prozentpunkte und 0,9 Prozentpunkte an. Sie liegen in den meisten Jahren über dem Wachstumsbeitrag der Zuwanderung. Dieser ist in drei Jahren 1983, 1984 und 1997 sogar negativ. Er übersteigt das natürliche Wachstum jedoch deutlich in den Jahren 1990, 1989 und 2003. Die entsprechenden Wachstumsbeiträge liegen zwischen 0,9 Prozentpunkten und 1,6 Prozentpunkten.

### Abbildung 3

#### **Wanderungssaldo Wohnbevölkerung: Vergleich zur Schweiz**

FL: in Personen (LHS), CH: in 1'000 Personen (RHS)



Der Wanderungssaldo der Ausländer in der Liechtensteiner Wohnbevölkerung wird um die Einbürgerungen bereinigt.

Quelle: Amt für Statistik (AS): Bevölkerungsstatistik, Bundesamt für Statistik (BFS), KOFL Berechnungen.

#### Nachrichtlich: Statistische Ermittlung und Bereinigung des Wanderungssaldos in Liechtenstein

- In Liechtenstein wird bislang keine Zuwanderungsstatistik geführt. Die Wanderungssaldi der ständigen Wohnbevölkerung sind jedoch in der Liechtensteiner Bevölkerungsstatistik ausgewiesen. Sie werden indirekt aus der Differenz von Bevölkerungszuwachs und Geburtenüberschuss ermittelt. Genauere Angaben zum Berechnungsmodus der Nettowanderung Ausländer finden sich in KOFL Working Paper No. 12 (2012).

## **Impressum**

Der **Liechtensteiner Wirtschaftsbrief** erscheint viermal im Jahr (April, Juni, September und Dezember) und ist auf dem Internet unter <http://www.kofli.li/publikationen.asp> abrufbar.

Autoren: Kersten Kellermann, Carsten-Henning Schlag

**KOFL Konjunkturforschungsstelle Liechtenstein** an der Universität Liechtenstein, Fürst-Franz-Josef-Strasse, LI – 9490 Vaduz, Fürstentum Liechtenstein, Tel. +423 265 13 29, Fax + 423 265 11 12, [info@kofli.li](mailto:info@kofli.li), [www.kofli.li](http://www.kofli.li)